

B e r a t u n g s f o l g e:

1. Verwaltungsausschuss 18.10.2018 Kenntnisnahme Ö

Franz Baur / 04.10.2018

gez. Dezernent / Datum

Haushaltsvollzug 2018 - Finanzbericht zum Stichtag 31.08.2018

Darstellung des Vorgangs:

Der Verwaltungsausschuss hat die Verwaltung beauftragt, drei Mal im Jahr zum jeweiligen Stand des Haushaltsvollzugs zu berichten.

Im Rahmen ihrer dezentralen Budgetverantwortung erstellen die Dezernate Prognosen für ihre Erträge und Aufwendungen. Die Ämter prüfen dabei dezentral in einer Informations- und Controlling-Software alle Finanzpositionen Ihres Verantwortungsbereichs, prognostizieren bis zum Jahresende die Entwicklung und erläutern die Gründe für die Abweichungen.

Mit dieser Vorlage wird der **Bericht zum Stichtag 31.08.2018** (Anlage 1) vorgelegt.

Die aktuelle Hochrechnung ergibt eine Verbesserung im Ergebnishaushalt gegenüber dem Haushaltsplan um rund 9,2 Mio. €, so dass das voraussichtliche Gesamtergebnis 21,3 Mio. € beträgt.

Die Hochrechnung kann wie folgt zusammengefasst werden:

Die Personalaufwendungen werden sich voraussichtlich um rund 1,25 Mio. € vermindern. Die Einsparungen ergeben sich durch die hohe Fluktuation, die dazu führt, dass viele Stellen zeitweise nicht besetzt sind. Der Schwerpunkt liegt im Amt für Migration und Integration. Dort werden voraussichtlich rund 0,9 Mio. € eingespart.

Da die Flüchtlinge schneller von der vorläufigen Unterbringung in die Anschlussunterbringung wechseln, muss der Landkreis für Hilfeleistungen und für Krankenhilfekosten voraussichtlich 1,87 Mio. € mehr aufwenden wie geplant. Dafür beteiligt sich das Land mit 3,73 Mio. € erstmalig an den Kosten für nicht mehr vorläufig untergebrachte Flüchtlinge (überwiegend Geduldete), die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen beziehen. Insgesamt ergibt sich dadurch eine Verbesserung

von rund 1,85 Mio. €

Eine deutliche Ergebnisverbesserung von rund 5,2 Mio. € ist bei den verschiedenen allgemeinen Zuweisungen des Landes zu erwarten. Durch einen um 12 € erhöhten Kopfbetrag pro Einwohner erhöhen sich die Schlüsselzuweisung nach dem Finanzausgleich (FAG) um knapp 3,5 Mio. €. Den Mehreinnahmen bei den Zuweisungen nach der Einwohnerzahl (+ 0,6 Mio. €) steht der geringere Status-Quo-Ausgleich (-0,7 Mio. €) gegenüber. Durch die deutlich gestiegenen Steuerkraftsummen der Gemeinden erhöht sich die Kreisumlage rund 1,4 Mio. €.

Die Vergütungsverhandlungen mit den Trägern der Eingliederungshilfe führten zu einer Erhöhung der Entgelte von minimal 3,0 % bis maximal 3,6 %. Da bei der Planung mit einer niedrigeren Steigerung kalkuliert wurde und aufgrund nicht geplanter Nachzahlungen für das Vorjahr von 0,5 Mio. €, ergeben sich im Bereich der Grundversorgung und den Hilfen nach SGB XII voraussichtlich Mehraufwendungen in der Größenordnung von 4,4 Mio. €.

Durch weiterhin stagnierende Fallzahlen bei den erzieherischen Hilfe und geringeren Ausgaben für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Jugendamt ergeben sich bei den Hilfen für junge Menschen und Familien Einsparungen von 1,3 Mio. €. Zu Mehraufwendungen kommt es durch eine Gesetzesänderung zum 01.07.2017 im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen von rund 0,3 Mio. €.

Durch höhere Nettowohngeldentlastungen und einer höheren Beteiligung vom Bund an den Kosten der Unterkünfte durch flüchtlingsbedingten Mehrkosten kommt es bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu einer Entlastung von 1,6 Mio. €.

Bei der Schülerbeförderung gibt es durch Rückerstattungen für das Haushaltsjahr 2017 und geringeren Ausgaben für die Erstattung von Schülermonatskarten Einsparungen von rund 0,5 Mio. €.

Im Finanzhaushalt werden voraussichtlich 6,3 Mio. € mehr ausgezahlt, wie geplant. Überwiegend handelt es sich dabei um Projekte aus dem Jahr 2017, die in diesem Jahr fertiggestellt und abgerechnet werden. Diese Investitionsauszahlungen sind über Haushaltsreste des Vorjahres gedeckt, d.h. die Finanzmittel wurden im letzten Jahr erspart und stehen 2018 noch zur Verfügung.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Flüchtlingsunterkünften an die Städte und Gemeinden sind voraussichtlich 0,77 Mio. € höher als geplant.

Die Mehrauszahlungen von rund 0,9 Mio. € für den Erwerb der landeseigenen Liegenschaften des Straßenbetriebsdienstes werden aus dem verbesserten Jahresergebnis 2017 finanziert.

Anlage 1 zu 0076/2018 - Finanzbericht 31.05.2018